

Realos an der Macht

Grüne: „Die Schmerzpunkte der neuen Macht“, FR-Politik vom 13. Dezember

Nun haben sich die Oberrealos endlich an die Macht gebracht und können den Schulterchluss mit ihren Gleichgesinnten, der FDP, endlich zugeben. Oberrealo Habeck, wie weiland Fischer, hat als gewiefter Taktiker schnell erkannt, dass der Posten als Vizekanzler realoer wäre, und hat Baerbock sich als Kanzlerkandidatin verschleifen lassen, wohlwissend, dass die Außenpolitik im Kanzleramt gemacht wird. Göring-Eckardt und Hofreiter wurden jetzt beseitigt. Die großen Gemeinheiten muss man gleich zu Beginn machen.

Nun wäre es an der Zeit, dass ehemalige Mitglieder der Grünen und die Restbestände der Fundis, die noch Schumacher, Capra, Améry im Regal stehen haben und nun Göpel und Pelluchon lesen, sich mit einer radikalen oder politischen Ökologie beschäftigen. Die Parteiräson hat sich mehr mit technischen, ökonomischen Lösungen wie Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz beschäftigt statt mit einem „Neuen Denken“. Und eine neue Bewegung aufmachen; denn die politischen Parteien sind aufgrund ihrer Struktur nicht in der Lage, unsere heutigen Probleme zu lösen. Konrad Mohrmann, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

SORRY

Sinsheim liegt nicht in der Pfalz. Das haben wir im „Sorry“ vom 13. Dezember (S. 12) richtiggestellt. Das Problem: Im Artikel „Oberrhein statt Salzsee“ (10.12., S.15), dem die Korrektur galt, lag eine Namensverwechslung vor. Gemeint war nicht jenes Sinsheim, sondern ein gewisses Insheim, wo Lithium gefördert werden soll – und das liegt eben doch in der Pfalz. Ja, die liebe Geografie!

Inger Støjberg war keine norwegische Ministerin, wie wir am 14.12. auf Seite 1 geschrieben haben, sondern eine dänische.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211213

Und schon knirscht es im Ampel-Getriebe

Neue Bundesregierung: „Die Ampel steht“ und „Fortschritt in Grenzen“, FR-Meinung vom 7. und 9. Dezember

So kann die Wende nicht gelingen

Die Corona-Problematik beherrscht die Schlagzeilen und füllt viele Zeitungseiten. Gut, dass mit dem publizierten Koalitionsvertrag – als Blaupause für künftiges Regierungshandeln – nun auch wieder existenziell noch bedeutendere Themen fokussiert werden!

Die hohen Erwartungen an die künftige Regierung wurden bereits enttäuscht – der völlig vergeigte Vorab-Regierungseinstieg bei den Corona-Maßnahmen (wohl insbesondere wegen FDP-Bedenken) klingt da wie ein böses Omen! Wie viele Bürger hatten sich angesichts der kommenden Klimakatastrophe besondere von den Grünen konsequente Maßnahmen – so wie vor der Wahl versprochen – erhofft! Doch die Grünen haben sogar bei ihren wichtigen Kernthemen viele ihrer richtigen, im Wahlprogramm als nicht verhandelbar deklarierten Ziele unter den Teppich gekehrt!

Zur Klimaneutralität bis 2045 einen „verlässlichen, kosteneffizienten Weg ausgestalten“, heißt es nun. Nur durch konkret festgelegte Schritt-für-Schritt-Maßnahmen wäre das 1.5-Grad-Ziel zu erreichen! Stattdessen stehen fast nur unverbindliche oder schwammige Worthülsen im Koalitionsvertrag: Traurig, Herr Habeck und Frau Baerbock, Sie haben sich vom Porschefahrer mehrfach über den Tisch ziehen lassen! Sogar das – von der Bevölkerung mehrheitlich getragene und sogar ADAC-unterstützte – Tempolimit 130 haben sie aufgegeben! Rote Linien sollte es nicht geben. Sie haben akzeptiert, dass die FDP ihre gleich zu Anfang gezogen hat!

Der nötige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft kostet viel Geld. Der Verzicht auf Steuererhöhungen für die reichsten fünf Prozent, ganz besonders für das reichste Prozent der Deutschen, macht wütend und fassungslos! Die haben doch ihren Reichtum auch dadurch

vermehrt, dass sie seit Jahren nicht angemessen an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Kosten beteiligt werden! Mehr ein SPD-Thema, dennoch: Von einer Besteuerung hoher Erbschaften ist genauso wenig die Rede wie von einer Steuer auf große Vermögen – und von einer einmaligen Abgabe der Vermögen zur Finanzierung der Corona-Milliarden sieht man ebenso nichts im Vertrag!

Klar, das Wahlergebnis ließ Rot-Grün-Rot nicht zu. Zusammen mit einer stärkeren Linkspartei hätte man den Weg zur nötigen ökosozialen Wende beschreiten können. Nun hat sich die marktradikale Linie der kleinen FDP durchgesetzt. Armes Deutschland – so kann die Wende nicht gelingen!

Winfried Kallabis, Dieburg

Eine Bankrotterklärung des „Vorbilds Deutschland“

Der Koalitionsvertrag ist noch nicht in „trockenen Tüchern“, und schon knirscht es im Ampel-Getriebe. Volker Wissing (FDP), damals noch designierter Verkehrsminister, kündigte – aus Grünen-Sicht koalitionsvertragswidrig – Steuererleichterungen für Dieselfahrer an. Dabei stand sogar noch das Votum der 125 000 Mitglieder der Grünen in ihrer – für die Realo-Partei-Führung verbindlichen – Urabstimmung aus. Ein mehrheitliches „Nein“ der Grünen-Basis zu Personaltableau und Koalitionsvertrag hätte die Ampel-Parteien zu Nachverhandlungen gezwungen. Ein ablehnendes Basis-Votum hätte insbesondere den Grünen-Verhandlern gute Chancen geboten, ohne Gesichtsverlust den derzeit sehr Lindner-lastigen Koalitionsvertrag in etlichen Punkten zu verbessern. Christian Lindner, der extrem macht-bewusste und ehrgeizige FDP-Chef, würde in Nachverhandlungen bestimmt nicht aus der Koalition aussteigen, sondern gewiss noch an der einen oder anderen Stelle nachgeben. Etwa was die „Verkehrswende“ anbe-

langt, die im Koalitionsvertrag quasi nicht stattfindet. Das Prozedere der Regierungsbildung würde sich zwar verzögern. Aber so, wie der Koalitionsvertrag jetzt aussieht, bedeutet er (wie zuvor Glasgow für die Weltgemeinschaft) eine Bankrotterklärung für den deutschen Anspruch, globales Vorbild im Bemühen um ein Verhindern des Klima-Kollapses zu werden.

Peter Seelmann, Hamburg

Die Lehre von den guten Schulden

Ich wünsche Herrn Lindner als Finanzminister eine glückliche Hand. Leider wischte die FDP die Reichensteuer und die Idee der Grünen vom Tisch, dass der Staat wie ein Unternehmen Geld am Kapitalmarkt aufnimmt und damit z.B. Straßenschäden und das Klima repariert. Gegen das liberale Dogma verstößt ja schon lange die Europäische Zentralbank. Mit ihren Aufkäufen von Staatspapieren verhindert sie die Zahlungsunfähigkeit der betreffenden Staaten. Und schon lange wird durch Staatsdefizit einer Wirtschaftskrise (mit Deflation) begegnet.

Es werden dabei Ersparnisse reaktiviert, die infolge mangelnder Nachfrage nicht mehr investiert werden. Die sozialen und ökologischen Defizite weltweit fordern die wirtschaftliche Führungsmacht Deutschland heraus. Der fromme Glaube, dass es der Markt schon richten wird, hilft hier nicht.

Bekanntlich hatte Heinrich Brüning, von 1930 bis 1932 Kanzler in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die Lehre von den guten Schulden und dem Widersinn des Sparens in der Krise noch nicht zu verstehen gelernt. Mit Notverordnungen kürzte er in der Weltwirtschaftskrise die Staatsausgaben, verschlimmerte die wirtschaftliche Lage weiter und half Hitler damit unbeabsichtigt an die Macht.

Hans Oette, Neuenstadt

Diskussion: frblog.de/kanzler-scholz

Trotz aller Unkenrufe ist die SPD wieder die Partei, die den Kanzler stellt

SPD: „Kanzlerpartei mit neuer Führung“ und „Mehr Schatten als Licht“, FR-Politik vom 13. und 9. Dezember

Diese Legislaturperiode wird kein Zuckerschlecken

Das selbsternannte Comeback der SPD trägt einen zu vorschnellen Charakter, auch wenn eine Partei, die dermaßen am Boden lag und entgegen aller Unkenrufe trotzdem ins Kanzleramt einzieht, berechtigterweise diesen Moment ein wenig auskosten sollte. Schließlich darf man nicht übersehen, dass man den eigenen Erfolg vor allem der Schwäche der anderen Parteien und weniger einem charismatischen Spitzenkandidaten mit einer starken Zukunftsvision zu verdanken hat.

Wobei die nächste Legislaturperiode alles andere als ein Zuckerschlecken wird und statt der goldenen durchaus auch bleierne

20er Jahre einziehen können, da ab 2023 wieder die staatlichen Coronaschulden getilgt werden sollen bei gleichzeitiger Aktivierung der Schuldenbremse, was dann im Umkehrschluss eher für Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen als für eine grundlegende Modernisierung des Gemeinwesens spricht. Zudem zeigt der gegenwärtige Chip-Mangel, dass der industrielle Umbau sehr leicht an vermeintlich kleinen Dingen scheitern kann, die sich nur schwer steuern lassen. Deshalb bedarf es in jedem Fall deutlich mehr Realitätssinn, um nicht viele Menschen zu enttäuschen und schnell wieder dort zu landen, wo man vor etwa einem Jahr in den Umfragen gestanden hat. Zumal auch Olaf Scholz' Versprechen ei-

ner „Respektsgesellschaft“ eigentlich schon mit dem Elbtower gebrochen wurde, wo als politisches Erbe in Hamburg demnächst eine sehr reiche Oberschicht mit einer starken negativen Symbolwirkung für den Zusammenhalt aus ihren Luxus-Suiten mit Champagnerglas in der Hand auf die direkt benachbarte ärmere Veddel herabblicken darf! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Widerspruch der Basis gegen Kampfdrohnen

Als SPD-Mitglied habe ich mit Spannung die Beratung des Initiativantrages 004 – „Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr“ – auf dem Bundesparteitag verfolgt. Leider stimmte die Mehrheit der Delegierten für das Votum

der Antragskommission, den Antrag zur weiteren Beratung an den Parteivorstand zu überweisen, so dass er nicht zur Abstimmung gelangte. Da der Vorstand erst vor Kurzem mit großer Mehrheit die Empfehlung einer parteiinternen Projektgruppe, eine Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr zumindest in Erwägung zu ziehen, zustimmend zur Kenntnis genommen hat und der neu gewählte Parteivorsitzende Lars Klingbeil, in dessen Wahlkreis der viertgrößte Bundeswehrstandort liegt, ein erklärter Befürworter der inzwischen im Koalitionsvertrag vereinbarten Drohnenbewaffnung ist, bleibt zu bezweifeln, dass die neuerliche Beratung zu einem abweichenden Ergebnis führen wird. Zum Glück regt sich innerhalb

verschiedener Gliederungen und an der Basis Widerspruch. So hat die Initiative „Sozialdemokraten gegen Kampfdrohnen“ bereits vor einem Jahr einen offenen Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktion veröffentlicht, zu dessen Erstunterzeichner:innen der Historiker Peter Brandt zählt, Sohn von Willy Brandt. Es wäre sicherlich im Sinne Willy Brandts, der vor 50 Jahren den Friedensnobelpreis erhielt, wenn sich seine Partei doch noch gegen bewaffnete Drohnen, die die Hemmschwelle beim Töten senken und aufgrund zunehmender Autonomie einen ersten Schritt zum entmenslichten Töten darstellen könnten, entscheiden und zu seiner Politik der Abrüstung zurückkehren würde. Thomas Tews, Frankfurt